

Zeitschrift: FemInfo / Verein Feministische Wissenschaft Schweiz = Association suisse femmes, féminisme, recherche

Herausgeber: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz

Band: - (2023)

Heft: 65

Artikel: Gewalt, Statistiken und Behinderungen : Inklusion gewaltbetroffener Frauen mit Behinderungen = Violence, statistiques et handicaps : vers plus d'inclusion des femmes concernées

Autor: Alberti, Louise

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1098511>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewalt, Statistiken und Behinderungen

Inklusion gewaltbetroffener Frauen mit Behinderungen

TEXT: LOUISE ALBERTI

Frauen mit Behinderungen sind stärker von Gewalt betroffen als Frauen ohne Behinderungen. Fehlende und/oder unvollständige Datengrundlagen verhindern einen Überblick über die konkreten Bedürfnisse und Forderungen, was sich negativ auf die Handlungsmöglichkeiten auswirkt.

Die Datenerhebung zur Gewaltbetroffenheit von Frauen¹ mit Behinderungen² lässt zu wünschen übrig. Wie es das internationale Expert*innengremium des Europarats zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (GREVIO) fordert, bedarf es extensiver nationaler und/oder regionaler Datenerhebungen, um die aktuelle Situation aller gewaltbetroffenen Frauen systematisch zu erfassen.³ Frauen mit Behinderungen erfahren aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Behinderungen und/

oder weiterer Diskriminierungsachsen Mehrfachdiskriminierungen. Da nicht alle Frauen in gleichem Masse von struktureller Gewalt betroffen sind, ist sowohl in der Forschung als auch in der Bereitstellung der Schutzmassnahmen ein intersektionaler Ansatz (Betrücksichtigung des Zusammenwirkens unterschiedlicher Diskriminierungsachsen) notwendig. Die Häufigkeit von Fällen mit Mehrfachdiskriminierungen muss aufgezeigt werden, um die Diskussion zur Realisierung von inklusiveren Schutzmassnahmen zu fördern.

Trotz methodischer Herausforderungen ist der Einbezug von Menschen mit Behinderungen – spezifisch von Frauen mit Behinderungen – in quantitative Studien zu Gewalterfahrungen entscheidend. Laut deutschen Studien sind Frauen mit Behinderungen zwei- bis dreimal so häufig von Gewalt generell und fast doppelt so häufig spezifisch von körperlicher oder

Gewalt, Statistiken und Behinderungen

Louise Alberti hat 2023 ihren Bachelor in Politikwissenschaften und Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich abgeschlossen. Mit der Thematik der inklusiven Schutz- und Betreuungsaufgaben setzte sie sich in ihrer Bachelorarbeit «Soziale Innovation in Governance Strukturen: Eine Analyse des Frauenhaus Zürich Violetta» auseinander, welche als Grundlage für einen Vorstoss im Zürcher Gemeinderat diente. Aktuell arbeitet sie als Praktikantin bei der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen», organisiert durch die feministische Friedensorganisation Frieda.

psychischer Gewalt betroffen wie Frauen ohne Behinderungen.⁴ Es soll deshalb auch in der Schweiz detailliert aufgeklärt werden, wie viele Betroffene es sind und wie deren Forderungen aussehen. Die mangelhafte Sensibilisierung bezüglich der unzureichenden Versorgungslage erschwert die politische Diskussion. Dies beeinflusst wiederum die Ausrichtung aktueller Datenerhebungen. Ohne umfassendere und auf verschiedene Diskriminierungsachsen fokussierende Statistiken und Zahlen zur aktuellen Lage gewaltbetroffener Frauen bleibt ein rasches und innovatives Handeln in Bezug auf die Bereitstellung von mehr und insbesondere barrierefreien Räumlichkeiten und inklusiverer Betreuung aus.

Fehlende inklusive Frauenhäuser

Frauenhäuser spielen bezüglich Schutz vor Gewalt eine zentrale Rolle. Sie dienen als Schutz- und Notunterkünfte der «temporären Unterbringung und dem Schutz von Opfern von Straftaten».⁵ Umso erstaunlicher ist es, dass in der Schweiz derzeit nur ein einziges barrierefreies Frauenhaus in Chur existiert. Es

kann somit nicht allen Betroffenen eine ausreichende und den individuellen Umständen entsprechende Unterstützung angeboten werden; es gibt zudem kaum Strukturen und Massnahmen zur Sensibilisierung gegenüber Frauen mit Behinderungen. Neben barrierefreien und niederschwellig zugänglichen Strukturen sind zugängliche Informationen wie beispielsweise Broschüren in Einfacher Sprache und Gebärdensprache notwendig. Für die nachhaltige qualitative und quantitative Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen und die innovative Politikgestaltung fehlen aussagekräftige Auswertungen.

Frauenhäuser haben heute mit verschiedenen Herausforderungen zu kämpfen: Zum einen fehlt die staatliche Finanzierung für eine ausreichende Einrichtung und Versorgung von inklusiven Frauenhäusern, zum anderen führt die strenge Regulierung der Opferhilfe (bzw. wer die Opferhilfe wie lange in Anspruch nehmen darf) zu einem exkludierenden Ansatz der Frauenhäuser. Körperliche, sexualisierte, psychische oder wirtschaftliche Gewalt muss durch eine fami-

liäre oder (ehemals) partner*innenschaftliche Person ausgeübt werden, damit sie unter den Begriff «häusliche Gewalt» fällt und entsprechend in den Statistiken nachweisbar ist. So fällt Gewalt, welche in (Behinderten-)Institutionen oder durch eine nicht-partner*innenschaftlich-familiäre Assistenzperson ausgeübt wird, nicht unter die «häusliche Gewalt». Dies beeinflusst wiederum die Statistiken zur Gewaltbetroffenheit von Frauen mit Behinderungen. Aufgrund der engen Definition der «häuslichen Gewalt» kann unzureichend auf die Betroffenheit, Forderungen und Notwendigkeit von Verbesserungen hingewiesen werden.

Besondere Bedürfnisse und Risikofaktoren

Menschen mit Behinderungen sind aufgrund besonderer Bedürfnisse auf geeignete Strukturen und intensivere Betreuung angewiesen. Aufgrund ihrer emotionalen und körperlichen Abhängigkeit von Drittpersonen sind sie potenziellen Übergriffen und Gewalttaten besonders ausgesetzt. Besondere Risikofaktoren sind der Assistenz- und Pflegebedarf, als auch das Leben in Behinderteninstitutionen.⁶ Die oft autonomen und in sich geschlossenen Strukturen dieser Einrichtungen begünstigen Aggressionen und erschweren die Aufdeckung dieser Gewalttaten.

Auch die Sozialisation spielt eine wichtige Rolle. Dass Menschen mit Behinderungen als «behindert» gelesen werden und nicht als Person mit eigenen Fähigkeiten, kann sich negativ auf die Entwicklung ihrer Identität, ihres Selbstwerts und Selbstbewusstseins auswirken. Dies wiederum erschwert es Menschen mit Behinderungen, ihre eigenen Bedürfnisse auszusprechen. Meist wird gewaltbetroffenen Menschen mit Behinderungen abgesprochen, selbst einordnen zu können, was nun als grenzüberschreitend oder als angemessen gilt. Frauen mit Behinderungen werden aufgrund von Vorurteilen gegenüber ihren Behinderungen oft nicht als Opfer von Gewalt wahrgenommen, obwohl es einen engen wechselseitigen Zusammenhang zwischen Gewalt und physischen, kognitiven und psychischen Behinderungen gibt.⁷

Eigentlich ist die rechtliche Ausgangslage klar: Die Schweiz hat die Istanbul-Konvention ratifiziert und sich somit zur Prävention und Bekämpfung der Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt verpflichtet.⁸ Gemäss der Istanbul-Konvention wird Gewalt an Frauen als eine Menschenrechtsverletzung und als Form der Diskriminierung von Frauen verstanden. Zusätzlich stellt auch die UNO-Behindertenrechtskonvention Forderungen für die Gleichstellung von

Gewalt, Statistiken und Behinderungen

Frauen mit Behinderungen. So müssen die Vertragsstaaten Menschen mit Behinderungen vor Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch schützen und hierfür die nötigen Strukturen, Informationen und Aufklärungen bereitstellen.⁹ Hierzu gehört unter anderem ein diskriminierungsfreier Zugang zu Schutzmassnahmen bei direkter Gewaltbetroffenheit.

- 1 Es wird aufgrund fehlender Datengrundlagen von der binären Kategorie «Frau» gesprochen. Es wird angenommen, dass die Vulnerabilität von FINTA-Personen mindestens genauso hoch, wenn nicht sogar höher als bei cis Frauen ist.
- 2 Es wird von «Person mit Behinderungen» gesprochen. Durch den Plural «Behinderungen» soll darauf hingewiesen werden, dass Personen mit Behinderungen nebst ihren Behinderungen auch durch das System und/oder Umfeld behindert werden.
- 3 GREVIO: Baseline Evaluation Report Switzerland. Strassburg: GREVIO, 2022, S. 1-93.

- 4 EBG: Bevölkerungsstudien zur häuslichen Gewalt. Bern: EBG, 2020, S. 1-18; Schröttle, Monika; Glammeier, Sandra: Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Kontext von Behinderung, Migration und Geschlecht. In: Wansing, Gudrun; Westphal, Manuela (Hg.): Behinderung und Migration. Wiesbaden: Springer VS, 2014, S. 285-308.
- 5 DAO: Alternativer Vertiefungsbericht der Dachorganisation der Frauenhäuser der Schweiz und Liechtenstein zur Umsetzung von Artikel 23 der Istanbul-Konvention. Bern: DAO, 2021.
- 6 Schröttle, Monika et al.: Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland. Bielefeld et al.: Universität Bielefeld, 2012.
- 7 DAO, 2021 (vgl. Endnote 5).
- 8 Europarat: Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. In: Europarat (Hg.): Sammlung der Europaratsverträge. Istanbul: Europarat, 2011, Nr. 210.
- 9 UNO: Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. New York: UNO, 2006.

Violence, statistiques et handicaps

Vers plus d'inclusion des femmes concernées

TEXTE : LOUISE ALBERTI

TRADUCTION : LISA ASTICHER

Les femmes en situation de handicaps sont davantage touchées par la violence. L'absence de données et/ou des données incomplètes empêchent une vue d'ensemble des besoins et des demandes concrètes, ce qui a des répercussions négatives sur les possibilités d'action.

La collecte de données sur les violences subies par les femmes¹ en situation de handicaps² laisse à désirer. Comme le demande le Groupe international d'experts du Conseil de l'Europe sur la mise en œuvre de la Convention d'Istanbul (GREVIO), des collectes de données nationales et/ou régionales approfondies sont nécessaires afin de recenser systématiquement la situation actuelle de toutes les femmes victimes de violences.³ Les femmes en situation de

handicaps subissent des discriminations multiples en raison de leur sexe, de leurs handicaps et/ou d'autres types de discrimination. Comme toutes les femmes ne sont pas touchées de la même manière par la violence structurelle, une approche intersectionnelle (prise en compte de l'interaction des différents types de discrimination) est nécessaire aussi bien dans la recherche que dans l'offre de mesures de protection. La fréquence des cas de discriminations multiples doit être signalée afin de stimuler la discussion sur la mise en œuvre de mesures de protection plus inclusives.

Malgré les défis méthodologiques, l'inclusion des personnes en situation de handicaps – et plus particulièrement des femmes concernées – dans les études quantitatives sur les expériences de violence est décisive. Selon des études allemandes, les femmes en

Violence, statistiques et handicaps

Louise Alberti a obtenu son bachelor en sciences politiques et histoire des temps modernes à l'Université de Zurich en 2023. Elle s'est confrontée à la thématique des tâches de protection et d'encadrement inclusives dans son travail de bachelor « Soziale Innovation in Governance Strukturen : Eine Analyse des Frauenhaus Zürich Violetta », qui a servi de base à une intervention au conseil municipal de Zurich. Actuellement, elle travaille comme stagiaire pour la campagne « 16 jours contre la violence envers les femmes » coordonnée par l'organisation féministe pour la paix Frieda.

situation de handicaps sont deux à trois fois plus souvent touchées par la violence en général et presque deux fois plus souvent par la violence physique ou psychique que les femmes sans handicaps.⁴ Il est nécessaire de clarifier, en Suisse également, combien de personnes sont concernées et quelles sont leurs revendications. Le manque de sensibilisation rend le débat politique difficile, ce qui influence à son tour l'orientation des collectes de données actuelles. En l'absence de statistiques et de chiffres exhaustifs, il n'est pas possible d'agir rapidement et de manière innovante en ce qui concerne la mise à disposition de plus de locaux, notamment accessibles, et d'un encadrement plus inclusif.

Absence de refuges inclusifs pour femmes

Les maisons d'accueil pour femmes jouent un rôle central dans la protection contre les violences. En tant que logements de protection d'urgence, elles offrent « de façon temporaire protection et logement à des victimes d'infractions ». ⁵ Étonnamment, il n'existe actuellement en Suisse qu'un seul établissement sans

barrières, à Coire. Il n'est donc pas possible d'offrir à toutes les personnes concernées un soutien suffisant et adapté aux circonstances individuelles ; de plus, il n'existe guère de mesures de sensibilisation envers les femmes en situation de handicaps. Outre des structures sans barrières et à bas seuil, des informations accessibles telles que des brochures en « langage simple » et en langue des signes sont nécessaires. Des évaluations pertinentes font encore défaut pour le développement qualitatif et quantitatif durable des structures existantes et l'élaboration de politiques innovantes.

Les maisons d'accueil pour femmes sont aujourd'hui confrontées à différents défis : d'une part, le financement public fait défaut ; d'autre part, la réglementation stricte de l'aide aux victimes (qui peut faire appel à l'aide aux victimes et pendant combien de temps) conduit à une approche excluante. La violence physique, sexuelle, psychique ou économique doit être exercée par une personne de la famille ou un (ex-)partenaire pour être considérée comme de

la « violence domestique » et donc figurer dans les statistiques. Ainsi, la violence exercée dans des institutions (pour personnes handicapées) ou par une personne aidante non partenaire familiale ne relève pas de la « violence domestique ». Cela influence à son tour les statistiques sur les violences subies par les femmes en situation de handicaps. En raison de cette définition étroite, il n'est pas possible d'attirer suffisamment l'attention sur les revendications et besoins des personnes concernées.

Besoins particuliers et facteurs de risque

En raison de leurs besoins particuliers, les personnes en situation de handicaps ont besoin de structures adaptées et d'un encadrement spécifique. Une dépendance émotionnelle et physique accrue vis-à-vis de tiers augmente le risque d'exposition à des actes de violence. Le besoin d'assistance et de soins ainsi que la vie dans des institutions spécialisées constituent des facteurs de risque particuliers.⁶ Les structures de ces institutions, souvent autonomes et fermées sur elles-mêmes, favorisent les agressions et rendent leur détection plus difficile.

La socialisation joue aussi un rôle important. Le fait que les personnes en situation de handicaps soient vues comme des « handicapé·e·x·s » et non comme

des personnes ayant leurs propres capacités peut avoir un effet négatif sur le développement de leur identité, de leur estime de soi et de leur confiance en soi. Il leur est alors plus difficile d'exprimer leurs propres besoins. La plupart du temps, les personnes en situation de handicaps victimes de violence n'ont pas la possibilité de déterminer elles-mêmes ce qui est jugé excessif ou approprié. Les femmes concernées ne sont souvent pas considérées comme des victimes de violence en raison de préjugés liés à leurs handicaps, bien qu'il existe un lien étroit entre violence et handicaps physiques, cognitifs et psychologiques.⁷

De fait, la situation juridique de départ est claire : la Suisse a ratifié la Convention d'Istanbul et s'est ainsi engagée à prévenir et à combattre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique.⁸ Cette convention définit la violence envers les femmes comme une violation des droits humains et une forme de discrimination. De plus, la Convention de l'ONU relative aux droits des personnes handicapées pose également des exigences concernant l'égalité des femmes en situation de handicaps. Ainsi, les États parties doivent protéger les personnes en situation de handicaps contre l'exploitation, la violence et les

Violence, statistiques et handicaps

abus et fournir les structures, les informations et les explications nécessaires.⁹ Cela implique notamment un accès non discriminatoire aux mesures de protection en cas de violence directe.

- 1 On parle de la catégorie binaire « femme » en raison du manque de données de base. On suppose que la vulnérabilité des personnes FINTA est au moins aussi grande, sinon plus, que celle des femmes cis.
- 2 Le pluriel « handicaps » vise à indiquer que les personnes en situation de handicaps, outre leurs handicaps, sont également handicapées par le système et/ou l'environnement.
- 3 GREVIO : Rapport d'évaluation de référence pour la Suisse. Strasbourg : GREVIO, 2022, p. 1-104.
- 4 BFEG : Violence domestique : enquêtes auprès

de la population. Berne : BFEG, 2020, p. 1-18 ; Schröttle, Monika ; Glammeier, Sandra : Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Kontext von Behinderung, Migration und Geschlecht. Dans : Wansing, Gudrun ; Westphal, Manuela (éd.) : Behinderung und Migration. Wiesbaden : Springer VS, 2014, p. 285-308.

- 5 DAO : Rapport alternatif détaillé de la Fédération Solidarité femmes de Suisse et du Liechtenstein (DAO) concernant l'application de l'article 23 de la Convention d'Istanbul. Berne : DAO, 2021.
- 6 Schröttle, Monika et al. : Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland. Bielefeld et al. : Universität de Bielefeld, 2012.
- 7 DAO, 2021 (voir note de fin de document 5).
- 8 Conseil de l'Europe : Convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique. In : Conseil de l'Europe (éd.) : Série des Traités du Conseil de l'Europe. Istanbul : Conseil de l'Europe, 2011, n° 210.
- 9 ONU : Convention relative aux droits des personnes handicapées. New York : ONU, 2006.